



# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

4. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

19. April 2022

## Einladung zum Stadtparteitag der LINKEN.Halle am 14. Mai 2022

hiermit laden wir euch herzlich zu unserem nächsten Stadtparteitag am 14. Mai 2022 ein, den wir wie immer als Gesamtmitgliederversammlung durchführen. Wir tagen im Capitol Halle (Lauchstädter Straße 1a, 06110 Halle) ab 10 Uhr.

Diesmal stehen diverse Wahlen im Mittelpunkt, da viele zweijährige Amtszeiten enden.

Folgende Posten und Gremien müssen neu besetzt werden:

- 1.) Stadtvorstand
- 2.) Landesausschuss
- 3.) Finanzrevisionskommission
- 4.) Delegierte Bundesparteitag

Bitte überlegt euch, ob ihr euch vorstellen könnt für eines dieser Ämter zu kandidieren. Falls ihr Fragen dazu habt, meldet euch einfach bei uns (per Mail ([info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de)) oder telefonisch unter 0345/2025590). Etwa zwei Wochen vor dem Parteitag werden wir nochmal aktuelle Unterlagen mit Kandidierenden und der Besetzung der Arbeitsgremien versenden.

Folgende Arbeitsgremien für die Gesamtmitgliederversammlung müssen besetzt werden:

- 1.) Tagesleitung
- 2.) Mandatsprüfungskommission
- 3.) Antragskommission
- 4.) Wahlkommission

Falls ihr am 14. Mai in einem der Arbeitsgremien mitwirken möchtet, meldet euch bitte ebenfalls bei uns. Zusätzlich möchten wir als Stadtvorstand euch auch schon einen Beschlussvorschlag zur Zusammensetzung des neuen Vorstandes machen:

„Der Stadtparteitag der LINKE.Halle beschließt, dass der neue Stadtvorstand aus zwei Vorsitzenden, einem: einer Schatzmeister:in und einem: einer stellv. Stadtvorsitzenden, die quotiert gewählt werden, sowie mindestens zehn weiteren Mitgliedern, die ebenfalls quotiert gewählt werden, bestehen soll.“

Mit solidarischen Grüßen

Der Stadtvorstand DIE LINKE.Halle

## DIE LINKE Halle ist Wohnungspatin für ukrainische Geflüchtete

In den vergangenen drei Wochen haben Mitglieder der halleschen LINKEN beherzt angepackt und eine Vierraum-Wohnung in der Neustadt komplett ein- und hergerichtet. Der Stadtverband DIE LINKE Halle übernahm eine der Wohnungspatenschaften, die von der Stadt als Unterstützungsmöglichkeit für die schnelle und würdige Unterbringung ukrainischer Kriegsgeflüchteter ins Leben gerufen wurden.



„Wir wollen mithelfen, dass vor Krieg, Zerstörung und Tod geflohene Menschen aus der Ukraine in Halle ein neues und sicheres Zuhause finden. Sie sind die unschuldigen Opfern eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands, der insbesondere auch Kinder trifft und aus ihrem gewohnten Leben brutal herausgerissen hat. Für DIE LINKE ist es eine Selbstverständlichkeit, Menschen auf der Flucht zu helfen. Die Wohnungspatenschaft haben wir sehr gerne und mit viel Herzblut übernommen“, so Jan Röttschke, Vorsitzender des Stadtvorstandes.

Innerhalb kurzer Zeit organisierte DIE LINKE Halle zahlreiche helfende Hände sowie großzügige Geld- und Sachspenden für die Wohnungspatenschaft. Fünf



Personen - voraussichtlich zwei Erwachsene und drei Kinder - werden nun in der bezugsfertig hergerichteten Wohnung in der südlichen Neustadt eine neue Bleibe finden.

Mit der Übernahme der Wohnungspatenschaft unterstützt DIE LINKE Halle auch das Bemühen der Stadt, hier ankommende Geflüchtete aus der Ukraine nicht oder nur möglichst kurz in Notunterkünften unterzubringen. Die Stadt selbst stellt die Wohnungen für die Patenschaften zur Verfügung. Die Paten erklären sich bereit, die komplette Einrichtung und Möblierung einer Wohnung zu übernehmen.

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare

#### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:

14.04.2022

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 18.05.2022

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 30. März 2022

Spannende Frage: Kommt der Mietspiegel oder kommt er nicht? Das war wohl die wichtigste Entscheidung im Stadtrat März. Die Entscheidung lautet: er kommt nicht! Im Stadtrat wurde lange darüber debattiert, auch in den Fachausschüssen vorher gab es kein Votum. Der Mietspiegel wurde erarbeitet auf der Grundlage eines Antrages im Stadtrat. Bis zur Fertigstellung vergingen Monate, um die Datenlage auszuwerten und den Vorschlag für den Mietspiegel vorzustellen. Kritikpunkte gab es vor allem an den Kriterien, die dem Mietspiegel zu Grunde lagen, z.B. der Wohnlage oder auch des Baujahres.

Es gab mehrere Anträge von Fraktionen, die jedoch alle, bis auf den Antrag unserer Fraktion abgelehnt wurden. Unser Antrag fand eine Mehrheit. Er schreibt fest, dass der vorgelegte Entwurf für einen qualifizierten Mietspiegel nicht anerkannt wird und beauftragt die Stadt Halle einen überarbeiteten Mietspiegel bis zum 1.01.2024 vorzulegen. Dann wird es für die Kommunen zur Pflicht, einen qualifizierten Mietspiegel zu haben! Außerdem haben wir die Verwaltung beauftragt, die Ausschreibungsunterlagen zur Erstellung eines Mietspiegels mit den Partnern in der Wohnungswirtschaft sowie den Teilnehmern des Runden Tisches „Wohnen“ abzustimmen und das Ergebnis zum Beschluss vorzulegen.

Noch etwas war spannend in der Stadtratssitzung. Die Stadträte können ab sofort mit einem kleinen Abstimmungsgerät schnell und praktisch ihre Stimme bei Entscheidungen abgeben. Der 1. Versuch klappte nicht. Doch das Problem war dann bald behoben. Alle Anwesenden können nun die Abstimmungsergebnisse transparent miterleben. Das Ganze spart Zeit und nochmalige Auszählungen, weil eine Abstimmung nicht deutlich war, entfallen. Eine gute Sache!

Im nächsten Jahr soll das neue Planetarium in Halle eröffnet werden. Es ist nicht nur eine kulturelle Einrichtung, sondern soll vor allem den Astronomieunterricht an den Schulen bereichern. Die Gebührensatzung für das Planetarium wurde im Stadtrat dazu beschlossen. Zugestimmt, auch durch unsere Fraktion, wurde der

Namensgebung für die Grundschule Westliche Neustadt. Sie wird jetzt den Namen Otfried Preußler tragen. Wer kennt nicht seine Kinderbücher?

Zugestimmt haben wir auch einem Antrag der Grünen, der beinhaltet, an öffentlichen Plätzen der Verwaltung Wickelplätze einzurichten. An vielen Orten ist das schon selbstverständlich, an anderen müssen die Bedingungen noch dementsprechend verändert werden. Unsere Fraktion hat in den Stadtrat einen Antrag mit dem Titel „Städtepartnerschaften mit Leben erfüllen - Mit Ufa einen Beitrag für Frieden und Verständigung leisten“ eingebracht. In unserer letzten Klausurberatung entstand der Gedanke, die Partnerschaften zu intensivieren. Dazu kommt, dass in diesem Jahr drei Partnerschaften Jubiläen feiern:

50 Jahre Oulu (Republik Finnland), 35 Jahre Karlsruhe und 25 Jahre UFA (Baschkortostan/ Russische Föderation). Darüber hinaus pflegt Halle städtepartnerschaftliche Beziehungen zu Linz (Österreich), Savannah (USA) Grenoble (Frankreich) und Jiaying (China). Wie gehen wir jetzt, nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit der Städtepartnerschaft mit Ufa um? Ein sensibles Thema. In unserem Antrag heißt es: „Die Stadtverwaltung wird in diesem Sinne beauftragt, die Städtepartnerschaft zwischen Halle und Ufa zu bekräftigen, den Kontakt zur Partnerschaft Ufa mit besonderem Augenmerk und besonderer Sensibilität aufrechtzuerhalten und zu pflegen und alle Möglichkeiten der friedlichen Verständigung zu nutzen.“ Dazu gab es im Stadtrat bereits unterschiedliche Reaktionen. Der Antrag wird in den Fachausschüssen weiter diskutiert. Auch wir werden uns in der Fraktionssitzung weiter mit diesem Antrag beschäftigen, ggf. noch Änderungen vornehmen. Noch hinzugefügt haben wir in diesen Antrag, dass die Stadt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten eine perspektivisch neu zu schließende Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine prüfen soll. Wie schon geschrieben, der Antrag wird jetzt erst einmal in den Ausschüssen diskutiert, ehe er wieder im Stadtrat zur Abstimmung auf der Tagesordnung steht.

Ute Haupt

## Halle kommt unter die Räder -

### Bundes- und Landespolitik sehen tatenlos zu

Zum angekündigten Rückzug der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH aus Halle erklärt der Stadtverband von DIE LINKE Halle:

„Seit Jahren baut der Galeria-Konzern insbesondere in mittelgroßen Städten Filialen ab und entlässt hunderte Mitarbeiter:innen. Auch in Halle wird schon seit längerer Zeit darüber spekuliert, dass sich die Kette, die der österreichischen Signa Holding GmbH gehört, zurückzieht - diese Entscheidung ist nun gefallen.

Eine Notwendigkeit dafür gibt es nicht, denn die Gesellschaft des Multimilliardärs Rene Benko hat auch in den letzten Pandemie Jahren hunderte Millionen Euro Gewinn gemacht und Staatshilfen kassiert, während Benko selbst sein Vermögen seit der Übernahme von Karstadt wohl von ca. 850 Millionen Euro im Jahr 2014 auf mehrere Milliarden im Jahr 2021 steigern konnte.

Letztendlich ging es nie darum, Standorte zu erhalten, sondern um noch rücksichtslosere Profitmaximierung. Die Signa Holding schreibt passend dazu, dass man

„in allen relevanten Innenstädten Deutschlands“ aktiv sei - Halle gehört nach Auffassung der Konzernmanager offenbar nicht mehr dazu. Dabei drohen die Angestellten, die jahrzehntelang für das Unternehmen Gewinne erwirtschaftet haben, wie so häufig auf der Strecke zu bleiben. Das ist unsozial und skandalös. Deshalb fordern wir, dass die Politik alles dafür tut, die Arbeitsplätze und den Standort zu erhalten. Bereits bei der letzten Krise im Jahr 2020 haben wir gefordert, dass der Bund sich dieses Geschäftsgebahren nicht mehr gefallen lässt und das Interesse an lebendigen Innenstädten auch mittels Enteignungen durchsetzt. Dass die Politik handeln muss und es neue Konzepte braucht, bleibt ganz offensichtlich wichtig, denn wir dürfen das Schicksal der Angestellten und unserer Innenstädte nicht ständig der Willkür von Investor:innen überlassen.“

## AG Wirtschaft - Wer wir sind

Als 1994 Wolfgang Süß unser OB-Kandidat war, wollte der Stadtverband den Wahlkampf mit Wirtschaftskompetenz bereichern. Also gründeten wir die AG Wirtschaft. Die 1990-er Jahre waren eine Zeit, in der sich etliche AGs gründeten, um uns nicht nur in den noch zahlreichen Basisorganisationen über alles Mögliche auszutauschen, sondern um inhaltlich die damalige PDS voranzubringen. Wir waren in Halle (Saale) damals noch fast 4000 Mitglieder. Nachdem wir auch den OB-Wahlkampf von Uwe-Jens Rössel insbesondere auf dem Gebiet der kleinen und mittleren Unternehmen unterstützten, wurden unsere öffentlichen Veranstaltungen weniger. Was blieb, war jedoch das Füttern mit Inhalten aus Landtag und Stadtrat durch Uwe Köck und mit Getränken und interessanten Speise-Kreationen von Frigga Schlüter-Gerboth.

Gegenwärtig betreiben wir bei unserem monatlichen Treffen in der Gaststätte „Zum Kleeblatt“ Wirtschaftsförderung mittels Getränken und warmen Speisen. Mittlerweile heißen wir AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr, Planen und Bauen. So sperrig wie der Name ist die Vielfältigkeit unserer Themen. In den letzten Monaten waren auf der Tagesordnung z. B. der Kohle-

ausstieg, die Steinschüttungen an der Saale, die geplante Bebauung am Tuchrähmen, die vielfältige Nutzung von Wasserstoff, die Mobilität in unserer Stadt, die Abfallwirtschaftskonzeption der Stadt sowie der Klimaschutz. Einige besuchten den Energiepark in der Dieselstraße. Aber auch der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sowie die Inhalte unseres Landesparteitages beschäftigten uns. Über die drei Jahrzehnte unseres Bestehens brachten wir uns in die Erarbeitung der Kommunalwahlprogramme ein. Natürlich verständigten wir uns stets auch zu den unterschiedlichsten Problemen der Zeit, zuletzt mit dem Krieg gegen die Ukraine.

Unser neuestes Projekt ist das Pflanzen eines Baumes in Neustadt zur Erinnerung an Frigga.

Gegenwärtig sind wir ca. 15 Mitstreiter\*innen. Ich fühle mich ganz wohl in der fast ausschließlichen Männerrunde. Wenngleich wir mittlerweile fast alle über 60 sind, sind unsere Köpfe noch jung genug zur aktiven Teilnahme am politischen Geschehen und dem Entwickeln von Ideen. Unsere Treffen sind offen für alle. Kommt einfach mal vorbei an einem letzten Freitag des Monats.

Marion Krischok



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat April Geburtstag haben.



## Einsatz für die MLU geht weiter!

Es wird weiterhin um die Zukunft der MLU gekämpft. Während die Landtagsfraktion der LINKEN gegen eine Landesregierung argumentieren muss, die an ihren austeritätspolitischen Dogmen festhält und den Hochschuletat nicht erhöhen will bzw. das Problem einfach leugnet, wird an Martin-Luther-Universität selbst gegen das Rektorat demonstriert, welches inzwischen ein Kahlschlagspapier durchgesetzt hat. Nichtsdestotrotz ist damit noch nichts entschieden, denn es kann weiterhin für eine Budgeterhöhung gekämpft werden. Außerdem ist die Umsetzung des Kahlschlagsplan umstritten, wie die letzte Sitzung des akademischen Senats am 13.04.2022 gezeigt hat. Hier sollten etliche Fachbereiche ausgesetzt werden, wobei sich eine Mehrheit gegen die Aussetzung des Lehramts Sozialkunde fand. Darüber hinaus konnten die Studierenden die Aussetzung der Bachelor/Master-Studiengänge in der Politikwissenschaft hinauszögern - darüber wird nun am 11. Mai abgestimmt. DIE LINKE bleibt gemeinsam mit Beschäftigten, Hochschulgruppen, Gewerkschaften und studentischen Gremien weiterhin dran! Hier findet ihr als Zwischenstandsmeldung einen Bericht des Aktionsbündnisses #MLU unterfinanziert zur Senatsitzung am 6. April, in der die Kürzungen erst einmal beschlossen wurden:

### **Beschwörung eines Ministers - Senat und Rektorat vertreten MLU nicht**

Die Absurdität der Debatte um die MLU ist schwer zu fassen. Während der zuständige Minister Armin Willingmann bis heute nichts zum Kahlschlag an der Uni Halle sagt, wird er doch beständig zitiert. Immer wieder haben die Senator:innen behauptet, der Minister würde uns nur helfen, wenn der Senat sich hinter die Selbsterstörung der MLU stellt. Das hat der Senat auf einer Sitzung ohne Einladungsfrist getan, in der Hoffnung darauf, dass die Beschwörung des Ministers einen Effekt haben möge. Ganz unabhängig davon, was der scheinbar mysteriöse Wissenschaftsminister tatsächlich denkt, haben Senat und Rektorat heute beschlossen, die MLU in Eigenverantwortung wegzukürzen und damit bewiesen, dass sie die MLU nicht vertreten können. Einige wenige Menschen ha-

ben diese Entscheidung getroffen - keine Kommission, keine Fakultät, keine Interessenvertretung hat das Konzept so gewollt und eingereicht. Jetzt setzen wir unsere Hoffnung auf zwei Sachen: Im Mai sind Hochschulwahlen und es braucht dringend eine Veränderung. Und die Landesregierung steht jetzt endgültig in der Verantwortung, sich zu diesen destruktiven Plänen zu positionieren. Vor allem da die Schließung des Lehramts für Sozialkunde und für die kleinen Fächer für nächste Woche Mittwoch ansteht. Wir werden auch ohne den Senat, der das Konzept in geheimer Abstimmung mit der schmalen Mehrheit von 13 zu 10 Stimmen angenommen hat, für die MLU kämpfen! Die Menschen, die heute bei unserer Kundgebung waren, sind ein guter Ausgangspunkt dafür. Wir bedanken uns sehr herzlich für das Engagement!

## 1. Mai - Tag der Arbeit

Am 1. Mai werden wir wieder mit einem Infostand zum Tag der Arbeit **11 Uhr auf dem Marktplatz** vertreten sein.

Das diesjährige Motto vom DGB zum Tag der Arbeit lautet „GeMAInsam Zukunft gestalten“.

## ND - Leseklub

Der ND - Leseklub trifft sich am **Montag, dem 9. Mai um 15:00 Uhr im Linken Laden**, um sich über neue Veröffentlichungen gedanklich auszutauschen. Interessierte sind herzlich eingeladen.

## Treffen AG Wirtschaft

**29. April 18 Uhr im Kleeblatt.**  
Diesmal wollen wir über die Rolle von Dienstleistungen in der Gesellschaft sprechen.

## Offener Brief

Halle, 02.04.2022

Wie findet die Linke wieder auf die politische Bühne zurück und zu der Bevölkerung im Kampf gegen Kriege und Armut, für ein menschenwürdiges Leben?

Nach den desaströsen Ergebnissen der Linken bei der Bundestagswahl begann die Suche nach den Ursachen.

Wir, als Ortsverband Halle-Neustadt stimmen einigen der Analysen in wesentlichen Punkten zu. Mit dem Verlauf und den bisherigen Ergebnissen der Auswertung in den Spitzengremien unserer Partei sind wir jedoch nicht zufrieden.

Im Folgenden wollen wir stichpunktartig Schwerpunkte nennen, die nach unserer Meinung auf dem kommenden Parteitag und in der künftigen Politik bestimmend sein sollten:

\* Im Erfurter Programm sehen wir nach wie vor das Profil unserer Partei. Wir erwarten, dass dieses Programm für die Analyse der gegenwärtigen Politik genutzt wird und sich alle Mandats- und Funktionsträger der Partei davon leiten lassen. Das war in letzter Zeit nicht der Fall.

\* Zum gegenwärtigen Zeitpunkt heißt das besonders jetzt ein striktes Engagement für den Frieden, d. h., ein klares Nein zu Auslandseinsätzen, Waffenexporten, überbordender Aufrüstung der Bundeswehr sowie zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Wir unterstützen Friedensinitiativen sowie die Stärkung der UNO.

\* Wir erwarten, dass stärker als bisher die Mechanismen der Ausbeutung und der Bereicherung der Superreichen dieser Welt als Ursachen für Krisen und militärische Konflikte konkret untersucht und publik gemacht werden. Dazu gehört der Kampf gegen Rassismus und Nationalismus ebenso wie gegen die selektive Wahrnehmung von Menschenrechten nach dem Nutzen für die westliche Welt.

\* Wir fordern Solidarität mit Staaten und Völkern, die sich dem Diktat imperialer Großmächte widersetzen und eine damit verbundene verstärkte Zusammenarbeit mit linken Bewegungen und Parteien im Ausland.

\* Wir fordern besonders im Osten eine konsequente Rückbesinnung auf die ehemals starke soziale Kompetenz der Partei, vor allem die Vertretung von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Status und Bildungsstandes. Das bedeutet, soziale Forderungen zu formulie-

ren und deren Finanzierbarkeit aufzuzeigen (z.B. durch Sonderabgaben der Kriegsgewinner, Sondersteuern für Superreiche, das Schließen von Steuer-schlupflöchern.)

\* Die Daseinsfürsorge (Bildung, Gesundheitswesen, Wohnungsbau und - Verwaltung, öffentlicher Nahverkehr) ist konsequent und umfassend in öffentliche Hand zu legen, um damit auch die Kontrolle der Finanzierbarkeit zu gewährleisten.

\* Die Verbindung zu Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Basisbewegungen ist zu suchen, soweit sie mit unseren Grundsätzen vereinbar sind.

\* Hinsichtlich unserer Positionen sollten wir uns nicht von den Mainstream -Medien beeinflussen lassen.

### Zur innerparteilichen Arbeit:

\* Wir wollen ein geschlossenes Auftreten der Partei in der Öffentlichkeit. Damit verbunden ist ein kulturvoller interner Meinungsstreit ohne gegenseitige Diffamierungen.

\* Mögliche Regierungsbeteiligungen dürfen nicht zur Infragestellung unseres Programms führen.

\* Wir fordern einen intensiveren Austausch zwischen jüngeren und älteren Parteimitgliedern. Die Ignorierung des Ältestenrates ist diesbezüglich ein schlechtes Beispiel und ist für uns unverständlich.

\* Wir erwarten einen intensiveren Meinungsaustausch zwischen Basis und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern

\* Es ist dringend erforderlich, spätestens nach dem Parteitag in Erfurt, eine bundesweite Initiative zur Gewinnung neuer Mitglieder zu starten und dabei auch jene im Blick zu haben, die unsere Partei in den letzten Jahren verlassen haben.

\* Für die politische Bildungsarbeit insbesondere auch zu Grundsatzfragen sind unsere Stiftungen zu nutzen.

\* Mut zu mehr Gelassenheit und Humor könnte uns auch nach außen hin nicht schaden!

### Forderungen an unseren Stadtvorstand und die Stadtratsfraktion:

Angesichts der Altersstruktur unserer Partei und der Verringerung unserer Mitgliederzahl ist die Wirksam-

keit in der Breite der Gesellschaft kritisch zu hinterfragen. Wir stellen fest, dass sich größere Teile der Bevölkerung politisch nicht mehr vertreten fühlen und dass wir den Kontakt zu arbeitenden und sozial schwächeren Schichten weiter verlieren.

Eine Rückbesinnung auf unseren Ruf als „Kümmerer“ ist dringender erforderlich.

Durch die Organisation von persönlichen Gesprächen, möglichst mit allen Mitgliedern der Linken, gilt es, das Vertrauen zu stärken bzw. wieder aufzubauen, die Einsamkeit Einzelner zu überwinden und wieder deutlich mehr Genossinnen und Genossen für eine aktive Parteiarbeit und Teilnahme am Parteilieben zu

gewinnen.

\* Die durch die Pandemie unterbrochene regelmäßige Teilnahme von Vorstandsmitgliedern und Ratsmitgliedern an Basisversammlungen müssen wir wieder aufleben lassen.

\* Es müssen regelmäßig Bürgersprechstunden von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern stattfinden und sichtbar publiziert werden.

\* Aktivitäten und Erfolge unserer Fraktion sollten wir in der Öffentlichkeit besser darstellen.

Für den Sprecherrat des OV Halle-West:

Peter Hoßfeld, Sigrid Lange, Franz Werner Müller, Axel Prescher, Inno Rapphel, Roswitha Stolfa

## **Einladung zum Gedenken am 8. Mai**

Aus Anlass des 77. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus laden der Landesverband der VVN - BdA Sachsen - Anhalt e. V. und der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE zu einer Gedenkveranstaltung am Sonntag, dem 8. Mai 2022, 11.00 Uhr, Südfriedhof, Treff: Haupteingang, ein.

Wir ehren dort, am Gräberfeld der Soldat\*innen der Roten Armee, die Alliierten in ihrer Gesamtheit, insbesondere die Kämpfer:innen aus der ehemaligen Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus trugen.

Wir gedenken der amerikanischen Soldat:innen der 103. Infanteriedivision, die dem Naziterror in Halle/Saale ein Ende bereiteten.

Wir danken, am Ehrenhain für die deutschen Widerstandskämpfer\*innen, den mutigen Frauen und Männern, die ihr Leben einsetzten im Kampf für die Beendigung des faschistischen Terrors.

Mit dieser Gedenkveranstaltung wollen wir auch ein Zeichen setzen gegen den barbarischen Angriffskrieg des autoritären Regimes in Russland gegen die Ukraine und gegen alle Kriege dieser Welt.

Den Alliierten, besonders den Angehörigen aus allen ehemaligen Sowjetrepubliken, gebührt unser ewiger Dank für die Befreiung vom Faschismus und die Hilfe beim materiellen und geistigen Wiederaufbau Deutschlands.

In diesem Sinne rufen wir dazu auf, uns zu vereinen im Kampf für eine Welt des Friedens und der Freiheit.

Wir laden euch herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung ein und freuen uns auf euer Kommen.

Mit freundlichen Grüßen,

Landesverband der Vereinigung der Verfolgten  
des Naziregimes - Bund der Antifaschist\*innen  
Sachsen - Anhalt e. V.  
Gisela Döring  
Vorsitzende

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE  
Anja Krimmling-Schoeffler & Jan Röttschke  
Stadtvorsitzende

## Karl Beyer und Otto Schmeil zum Gedenken



Die Basisgruppe Heide-Nord pflegt bereits mehrere Jahre den Gedenkstein mit der Grabüberschrift „Den im März 1920 gefallenen Freiheitskämpfern“ in der Nordstraße zwischen Heide-Nord und Lettin.

Otto Schmeil und Karl Beyer, die an dieser Stelle ermordet wurden, gehörten zu den aktiven Kräften der Arbeiter Lettins. Sie haben die Stadt Halle vor der Kapp-Soldateska geschützt und dies am 23. März 1920 mit ihrem Leben bezahlt.

Genossinnen und Genossen der Basisgruppe fanden sich am 21.3. vor dem Denkmal ein, legten Blumen nieder und gedachten der beiden Kämpfer.

Otto Schmeil wurde gerade einmal 24 Jahre alt.

Und wieder sterben junge Männer in einem Kampf. Zwar sind es keine Kriegsparallelen, aber das Sterben von Menschen durch Menschen war und ist grausam.

Es zwingen sich hier die aktuellen Ereignisse auf. Es ist unser Kampf gegen Krieg, für den Frieden.

Erich Fried lebte von 1921 bis 1988. Das nachfolgende Gedicht von ihm, das am Gedenkstein rezitiert wurde, könnte aktueller nicht sein.

### Wiederholbare Feststellung

Wenn ein großes Land  
ein kleines Land überfällt  
ist es Mord

Wenn ein großes Land  
ein kleines Land überfällt  
im Namen der Freiheit  
ist es Mord  
und das große Land  
schändet den Namen der Freiheit

Wenn ein großes Land  
ein kleines Land überfällt  
im Namen der Sicherheit  
und im Namen des Friedens  
ist es Mord an dem kleinen Land  
und an Frieden und Sicherheit

Wenn ein großes Land  
Helfer bezahlt  
die das kleine Land überfallen  
ist es Mord aus dem Hinterhalt  
mit bezahlten Mördern

Wenn ein großes Land  
ein kleines Land überfällt  
und die Freunde des großen Landes  
halten es nicht davon ab  
ist es Mord  
und die Freunde  
sind seine Spießgesellen  
oder sind seine Sklaven

Ob im Norden im Süden  
im Osten oder im Westen  
ob vorgestern oder gestern  
ob heute ob morgen:  
Wenn ein großes Land  
ein kleines Land überfällt  
ist es Mord

Erich Fried (1921-1988)



## **Erinnerungskultur**

Am Freitag, den 11. März traf sich eine kleine Gruppe an der Gedenktafel Burgstraße/ Ecke Riveufer, um den Toten des Blutfreitags vom 13. März 1925 zu gedenken. Im Zug dieser Versammlung im Volkspark traf auch Fritz Weineck eine tödliche Kugel. Im Anschluß spazierten wir an der Saale in den Frühling bis zum Felsenpavillion. In einem gemeinsamen Gespräch verständigten wir uns über die grundsätzliche Ablehnung des Einsatzes von Waffen bei der Austragung von Konflikten im Hinblick auf die Invasion des russischen Militärs in der Ukraine.

Hajo, Arbeitskreis Gedenktage und Gedenkstätten

## **Senioren-Treff**

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren,  
ich lade euch hiermit zu unserem monatlichen Senioren-Treff ein.

Termin: Donnerstag, 27. April 2022, 14:30 Uhr  
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4,  
06108 Halle (Saale)

Wir wollen diskutieren zum Thema:

Linke Friedenspolitik - Was bedeutet das für uns?  
Zu diesem Thema empfehle ich euch die Beitragsreihe im „nd“ - LINKE, KIEG & FRIEDEN  
Die Debatte zu diesem Thema findet ihr auch im Netz unter: [dasND.de/kriegfrieden](https://dasND.de/kriegfrieden).

Ich freue mich, euch zahlreich zu unserer Veranstaltung begrüßen zu können.

Bis dahin bleibt alle gesund und zuversichtlich  
Lydia Roloff

## **Liebe Seniorinnen und Senioren,**

unser Stadtverband ist Mitglied im Seniorenrat der Stadt Halle (Saale).

In diesem Jahr beteiligt sich die Seniorenvertretung an dem Projekt „Gute Vorsätze 2022“ der Bürgerstiftung Halle.

Die Seniorenvertretung Halle e.V. möchte Seniorinnen und Senioren ermuntern, sich gemäß dem ausgeschriebenen Motto „Ich mache das jetzt!“ an ihre Lieblingssorte zu begeben und diese auch mit anderen zu teilen. Unter dem Motto „Mein schönster Platz in Halle!“ soll es einen Fotowettbewerb, ausgeschrieben von der Seniorenvertretung Halle e.V. geben. Die schönsten Fotos sollen dann in den Geschäftsräumen der Geiststraße 50 ausgestellt werden.

Es sollen Fotos gesammelt werden, die Seniorinnen und Senioren „geschossen“ haben.

Motto hierbei könnte sein:

Eine schöne Begegnung in Halle oder Ein schönes Erlebnis oder Mein schönster Platz in Halle.

Auch wer kein Fotoprofi ist, kann sich an der Aktion beteiligen.

Die Fotos können eingereicht werden bis zum 24.06.2022 an die E-Mail-Adresse des Seniorenrats [foto-seniorenrat@t-online](mailto:foto-seniorenrat@t-online) unter Angabe des gewählten Titels des Bildes. Name und E-Mail-Adresse bitte nicht vergessen.

Die schönsten Fotos sollen ab Herbst 2022 in einer Ausstellung in den Räumen der Seniorenvertretung, Geiststraße 50, 06108 Halle (Saale) gezeigt werden.

Ich fände es toll, wenn wir uns an dieser Aktion recht zahlreich beteiligen würden. Erste Gelegenheit zum Fotografieren wären zum Beispiel Begegnungen am 1. Mai.

Außerdem schlage ich euch vor, eure Fotos unter der Überschrift: „Mein schönstes Foto“ auch an unsere E-Mail-Adresse [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de) zu senden. Vielleicht könnten auch wir eine Ausstellung in unseren Räumen gestalten oder unser „LINKES Blatt“ damit bereichern. Eine kleine Geschichte oder ein Gedicht dazu könnte ich mir auch gut vorstellen.

Nun „Blende auf!“

Lydia Roloff

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 24. und 25.03.2022

Zur 9. Sitzungsperiode des Landtages standen 18 Themen auf der Tagesordnung, über die am 24. und 25. März debattiert und abgestimmt wurde.

## #Solidarität

### Solidarität mit Menschen auf der Flucht

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine waren und sind viele Menschen gezwungen, die Ukraine zu verlassen. Angesichts der Dynamik und der größer werdenden Zahl der Schutzsuchenden ist klar, dass weitere Schritte nötig sein werden, insbesondere bei der Erschließung von Wohnraum.

Einen Antrag der Linksfraktion brachte die migrationspolitische Sprecherin Henriette Quade ein und führte aus: „Der Krieg gegen die Ukraine ist in vollem Gange. Jeden Tag gibt es Tote und Verletzte sowie Zerstörungen und Grausamkeit.

Jeden Tag werden mehr Menschen zur Flucht gezwungen. Es ist nichts anderes als Doppelmoral, den inhumanen Umgang mit Geflüchteten und den systematischen Rechtsbruch an der polnisch-belarussischen Grenze, das seit Jahren herrschende Elend für Geflüchtete auf den griechischen Inseln und die akute Gefahr für afghanische Ortskräfte nicht ebenso als Handlungsauftrag zu begreifen, wie die Not der Ukrainer\*innen jetzt.

Es ist nötig, die Menschen, die aus Russland fliehen, sei es als Oppositionelle oder als Deserteure, zu schützen und aufzunehmen. Wer die Politik Putins verurteilt, muss denen eine Chance geben, die sich ihr entziehen wollen und gegen sie arbeiten.“ Angriffe auf Menschen, die russisch sprechen, Hass auf Vereine und Verbände seien nicht zu rechtfertigen, sie sind furchtbar und sie müssen aufhören!

Solidarität, Hilfsbereitschaft, enorme Arbeitslast und auch Kreativität prägten die Arbeit der letzten Wochen. Doch es brauche mehr Unterkünfte für die Erstaufnahme, dauerhaften Wohnraum und Sprachkurse, Kinderbetreuung, Kitaplätze und Schulplätze.

Insgesamt müssten die entstehenden Kosten schnell und verlässlich finanziell abgesichert werden.

„Wir sehen ganz klar den Bund in der Pflicht, für diese finanzielle Absicherung zu sorgen - es ist die Aufgabe der Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Regelung einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Kommunen handlungsfähig bleiben.“

„Dass Menschen in Turnhallen und Notquartieren untergebracht werden müssen, kann nicht ausgeschlossen werden. Wir sollten aber alles tun, um das zu vermeiden“, so Henriette Quade. Außerdem müssten die Anmeldungen bei den Ausländerbehörden schnell stattfinden können.

Eine besondere Herausforderung sei die Tatsache, dass viele Frauen, Kinder und ältere Menschen unter den Flüchtenden seien. Sie bräuchten effektive Schutzmechanismen gegen Ausbeutung, sexualisierte Gewalt und die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen.

Zudem sei der emotionalen und psychischen Ausnahmesituation, in denen sich Frauen und Kinder befinden, deren Familienmitglieder sich noch im Kriegsgebiet befinden, Rechnung zu tragen. Aber auch den besonderen Bedürfnissen von Geflüchteten mit chronischen Erkrankungen, Behinderungen und Älteren. „Die Landesregierung muss für eine umfängliche Kostenübernahme durch den Bund sorgen und die Arbeit der Fachträger [von Beratungsstellen] endlich dauerhaft und strukturell absichern.

Wir haben die Chance, auf Erfahrungen aus den vergangenen Jahren zurückzugreifen, Bewährtes anzuwenden und Fehler zu vermeiden. Lassen Sie uns diese Möglichkeiten nutzen und jetzt schnell die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um alle, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen müssen, gut und sicher aufzunehmen“, schloss Henriette Quade ihre

Einbringungsrede.

Der Antrag wurde abgelehnt.

## #Kommunales

### **Kommunale Bäder unterstützen - Schwimmunterricht absichern**

Bereits 2019 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Schwimmbadfonds gefordert, um den Sanierungsstau in kommunalen Bädern zu reduzieren und den Schwimmunterricht für alle Kinder abzusichern.

Allein 29 Städte und Gemeinden meldeten jetzt einen Sanierungsstau von ca. 148 Millionen Euro. Die kommunalpolitische Sprecherin Christina Buchheim betonte in ihrer Rede:

„Bereits zu normalen Zeiten war der Betrieb eines Schwimmbades für die Kommunen eine Herausforderung. Die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie könnten nun allerdings dafür sorgen, dass die Betreiber der Bäder selbst baden gehen. Fehlende Einnahmen aufgrund von Schließungen oder gesetzlich vorgeschriebene maximale Besucherzahlen, höhere Personal- und Sachkosten infolge der Hygienekonzepte - der Betrieb der Bäder ist noch mehr zu einer wirtschaftlichen Herausforderung der Kommunen geworden. Kommunale Schwimmbäder konnten lediglich die sogenannten November- und Dezemberhilfen des Bundes in Anspruch nehmen. Dies war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aktuell müssen die Kommunen finanzielle Verluste ausgleichen, aber auch Erhöhungen der Eintrittspreise stehen auf der Tagesordnung. Das trifft die Kommunen, aber auch die Besucherinnen der Bäder hart.

Kurz gesagt:

Ohne Unterstützung von Bund und Land sind aktuell weitere Bäder von der Schließung bedroht.“

Hinzu kämen stark gestiegene Energiekosten, die zusätzlich belasten, sowie Personalmangel, weil sich viele Mitarbeiter\*innen umorientiert hätten.

Auch die Koalition habe erkannt, dass durch die Schließung von kommunalen Bädern der Schwimmunterricht in Gefahr gerät. Angekündigt wurde mit dem Koalitionsvertrag ein - ich zitiere - „Sonderprogramm zur Sanierung von Hallen- und Freibä-

dern“. „Lassen Sie bereits heute diesen Worten Taten folgen! Es bedarf einer gezielten Förderung, die die Bedeutung der Bäder für den ländlichen Raum und für den Schwimmsport würdigt. Dem starken Anstieg der Betriebskosten muss dringend entgegengewirkt werden. Durch Sanierungen können Einsparungen bei Strom und Wärme generiert und im doppelten Sinne positive Effekte erzielt werden, nämlich eine Entlastung der kommunalen Haushalte und ein Beitrag zum Klimaschutz“, so Christina Buchheim.

Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

## #Kommunal Finanzen

### **Land soll Tarifsteigerungen 2022 in Kindertageseinrichtungen voll übernehmen**

Im Februar 2022 wurden Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst aufgenommen. In diesen Verhandlungen geht es um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, um Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und eine Aufwertung der Arbeit. Die große Bedeutung der Arbeit in Kindertagesstätten, Horten sowie vielen anderen sozialen Einrichtungen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen spiegelt sich längst noch nicht überall in einer angemessenen Bewertung der Arbeit und in motivierenden Arbeitsbedingungen wider.

Ziel muss es sein, die Kostensteigerungen aus einer Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse ist, vollständig vom Land zu übernehmen und nicht die klammen kommunalen Haushalte und die Beiträge der Eltern zur Finanzierung dieser Mehrkosten heranzuziehen, so fordert es der Antrag der Linksfraktion. Diesen brachte die familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann ein und sagte:

„In den letzten zwei Jahren, die durch die Pandemie bestimmt waren, galt unser Dank den Beschäftigten in systemrelevanten Berufen, auch denen in der Kinder- und Jugendhilfe. Eine funktionierende Kindertagesbetreuung ist enorm wichtig, sowohl für Kinder, ihre Eltern und unsere gesamte Gesellschaft. Die Beschäftigten in den Kindertagesstätten leisten einen großen

Beitrag im Kampf gegen die sozialen Folgen in und nach der Pandemie.

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der Gewerkschaften in der aktuellen Tarifrunde nach einer Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst nachvollziehbar.

Damit sich daraus keine Erhöhung der finanziellen Belastungen für Kommunen und Eltern ergeben, fordern wir die Landesregierung auf, die durch ein Tarifergebnis in der Tarifrunde 2022 für den Sozial- und Erziehungsdienst entstehenden Mehrkosten in den Kindertageseinrichtungen vollständig in den Kind-Pauschalen für die Zuweisungen des Landes abzubilden. Unsere Befürchtungen sind, dass die Kommunen sich über die Erhöhung der Elternbeiträge einen Teil des Geldes zurückholen werden.

Wir können es uns nicht leisten, Fachkräfte durch ständig wachsende Arbeitsbelastungen zu verlieren. Selbst wenn der Tarifabschluss nicht optimal läuft, haben wir bei der Qualitätsverbesserung noch einiges zu tun, etwa bei der Verbesserung des Personalschlüssels, bei Vor- und Nachbereitungszeiten, Vollzeit- statt Teilzeitbeschäftigung, mehr Zeit für Fort- und Weiterbildung sowie der Entlastung der Eltern bei den Beiträgen.“

Der Antrag wurde abgelehnt.

## #Pandemie

### Hilfstrukturen für Frauen und Mädchen stärken

Die Situation für Mädchen und Frauen hat sich in der Pandemie verschärft. Gründe hierfür waren die Zunahme von häuslicher Gewalt, die vermehrte Beanspruchung von Kurz- und Teilzeit, Sonderurlaub oder unbezahlten Freistellungen von berufstätigen Frauen zur Betreuung der Kinder sowie der Begleitung dieser beim Homeschooling.

Dadurch stieg auch die ökonomische Abhängigkeit vom Partner oder von der Ausübung von mehreren Mini-Jobs. Der Anstieg von psychischen, physischen und ökonomischen Belastungen bei Frauen führt auch zu gestiegenen Bedarfen an Beratungen und Schutzräumen. Hier stellten die Frauenzentren eine besonde-

re Anlaufstation für alleinerziehende Mütter bzw. Seniorinnen dar. Hierfür verdienen die Einrichtungen Wertschätzung und Anerkennung, welche in Form einer einmaligen Corona-Bonuszahlung erfolgen muss, so der Antrag der Linksfraktion.

Die Fraktionsvorsitzende sowie frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin Eva von Angern betonte in ihrer Rede:

„Die Coronaprämie ist seit geraumer Zeit in aller Munde. Sie dient als Anerkennung für zusätzliche Leistungen, zum Teil auch für übermenschliche Leistungen, die während der Pandemie erbracht worden sind. Und ja, es soll eben auch ausdrücklich eine Wertschätzung für besondere Anforderungen durch die Arbeitgeberinnen sein. Im Zusammenhang mit der Coronasonderprämie denken wir an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Krankenhäusern, von Pflegeeinrichtungen.

Ich will die kritischen Dinge, die dazu zu sagen sind, und die Tatsache, dass viele Beschäftigte in den Krankenhäusern das Geld noch nicht einmal erhalten haben, an dieser Stelle einmal außen vorlassen.“

Die Mitarbeiterinnen in den Frauenschutzhäusern und Beratungsstellen haben zum Teil übermenschliche Anstrengungen unternommen, um all die pandemiebedingten neuen und zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. Dabei darf nicht vergessen werden, in welcher teilweise prekären Beschäftigungs- und Personalsituation sich diese Einrichtungen befinden.

„Ich sage ganz deutlich: Es ist das Mindeste, danke zu sagen. [...] Aber dies Danke sollte eben ausdrücklich in Form einer finanziellen Anerkennung, einer finanziellen Wertschätzung vorgenommen werden“, so Eva von Angern in ihrer Rede.

Der Antrag wurde abgelehnt.

## #Wohnen

### Wohnungsunternehmen unterstützen, um Hilfsangebote für Mieter\*innen zu erleichtern

Die Kosten für Wohnen, Energie und Mobilität steigen stetig und belasten gerade einkommensschwache Haushalte immens. Der kürzlich beschlossene Energiekosten-Zuschuss des Bundes ist verhältnismäßig

gering und auf wenige Haushalte beschränkt - vor allem auf jene mit Wohngeld-Bezug.

Die sozialpolitische Sprecherin Monika Hohmann verwies in ihrer Rede auf traurige Fakten: „Im Jahr 2020 hatten wir in Sachsen-Anhalt 2626 Zwangsräumungen. Das sind pro Arbeitstag zehn Zwangsräumungen. Das heißt, während wir hier sitzen, finden zehn Zwangsräumungen im Land statt. Für das Jahr 2021 liegen uns diese Zahlen noch nicht vor; [...] Aber meine Befürchtung ist, dass die Zahlen nicht besser aussehen werden als im Jahr 2020.“

Zudem habe eine kürzliche Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergeben, „dass jeder zweite Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt derzeit so wenig verdient, dass nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente von weniger als 1 300 Euro brutto droht. Nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge bedeutet das eine monatlich ausgezahlte Nettorente von rund 1 160 Euro. In Sachsen-Anhalt sind davon 258 727 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen. Also müssen 52 % der Vollzeitbeschäftigten mit einer schmalen Rente rechnen, trotz eines kompletten Arbeitslebens“, so Monika Hohmann weiter.

Trotzdem sei die Inanspruchnahme von Leistungen wegen des mit dem Gang zum Sozialamt verbundenen Stigmas für viele keine Option, sie verzichteten stattdessen und versuchten irgendwie über die Runden zu kommen. Altersarmut, Kinderarmut, Überschuldung - mit diesen Problemen hat Sachsen-Anhalt massiv zu kämpfen und dies hat für die Menschen Auswirkungen auf die Bezahlbarkeit von Wohnraum, aber die

Richtlinie des Landes für den sozialen Wohnungsbau sei bis heute nicht in Anspruch genommen worden.

Um die Nutzung des Wohngelds und andere Hilfsangebote zu stärken, bedarf es auch des Aufsuchens der Mieter\*innen, um zu den Möglichkeiten der vorhandenen Mittel zu beraten.

Viele Wohnungsunternehmen würden Senior\*innen, Alleinerziehende und einkommensschwache Haushalte gerne niedrigschwellig bei der Beantragung unterstützen, es fehlt Ihnen jedoch an Beschäftigten, die die aufsuchende Betreuung übernehmen können.

Die Fraktion DIE LINKE möchte daher die Wohnungsunternehmen dabei unterstützen, die Mieten für ihre Mieter\*innen bezahlbar zu halten.

Der Antrag wurde abgelehnt.

**+ + kurz berichtet + +**

### **Wahl des Landesdatenschutzbeauftragten scheitert**

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wählt nach Artikel 63 Absatz 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt den Landbeauftragten für den Datenschutz. Nach dem Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalts sind 7 Bewerber durch Ausschreibung ermittelt worden. Ausgehend von 97 Mitgliedern des Landtages beträgt das erforderliche Quorum der Mitglieder des Landtages 49 Abgeordnete. Die Koalitionsfraktionen haben insgesamt 56 Stimmen. Der beste der 7 Kandidaten brachte es jedoch nur auf 46 Stimmen. Damit bleibt Sachsen-Anhalt weiterhin ohne Datenschutzbeauftragten.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 7. April 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im März 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

**KLIPP & KLAR**  
Zeitung der Fraktion  
DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

## Rezension

Sophie von Bechtolsheim: Stauffenberg. Folgen. Zwölf Begegnungen mit der Geschichte Herder Verlag, Freiburg im Breisgau, 2021, ISBN 978-3-451-38730-2, 218 S.

Die Autorin und Enkelin Graf von Stauffenbergs hatte 2019 ein Buch mit dem Titel „Stauffenberg. Mein Großvater war kein Attentäter“ veröffentlicht, auf Grund dessen sie zahlreiche Korrespondenzen erhielt, sowie zu Lesungen und persönlichen Gesprächen eingeladen wurde. Die Reaktionen kamen von Menschen, „die die Zeit des Nationalsozialismus selbst erlebten, ... aus der Kinder- und Enkelgeneration“. Es schrieb Personen, „die sich mit dem Erbe der DDR auseinandersetzten“, als auch solche, die ähnliche Fragen wie die Autorin an ihre Eltern und Großeltern hatten (s. S. 7). Sophie von Bechtolsheim hat diese Familiengeschichten aufgeschrieben, ohne sie zu kommentieren oder gar zu werten. Sie stehen für sich. Das besondere dieser generationsübergreifenden Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nach ihrer Meinung, dass es in wenigen Jahren keine Zeitzeugen des Nationalsozialismus mehr geben wird - schon jetzt bedauerten einige ProtagonistInnen, dass sie ihre Eltern bzw. Großeltern nicht mehr befragen konnten. Der Titel des Buches beginnend mit „Stauffenberg“ ist allerdings leicht irreführend: nur die erste Erzählung bezieht sich auf einen unmittelbar Betroffenen - den Stenografen, der an diesem Tag zufällig Dienst hatte und dem Attentat zum Opfer gefallen ist. Bis heute, so die Autorin dieses Textes, wurde er jedoch nicht als Opfer wahrgenommen (S. 22). Heinrich Berger war nie Mitglied der NSDAP oder einer anderen nationalsozialistischen Gliederung; er lehnte sogar eine seiner Ausbildung entsprechende Stelle als Jurist ab, weil er sich nicht in den Dienst der nationalsozialistischen Gesetzgebung stellen wollte (vgl. S. 24).

Eine weitere Geschichte spielt lediglich in der räumlichen Nähe zum Ort des Attentats, dem Fliegerhorst Rangsdorf; die anderen geben eher Aufschluss zum damaligen Denken über den Nationalsozialismus, über dessen Ziele und (damals nicht erkannten) Mächenschaften. Für uns Heutige noch aktuell ist dabei u.a. die Auseinandersetzung mit dem „Eidbruch“ gegenüber als verbrecherisch erkannten Vorgesetzten (s. S. 102). Etwas unklar nimmt sich die lange Erzählung von Marco Heinzl, geb. 1975 in Halle-Saale, in diesem Band aus, beschreibt er doch sehr ausführlich sein Leben in der DDR und kritisiert politische und soziale Verhältnisse, ohne explizit genauer auf die vermittelte

Geschichtsbilder über die Zeit des Nationalsozialismus und mögliche innerfamiliäre Gespräche und Auseinandersetzungen dazu einzugehen. Pauschal kritisiert er lediglich, das andere „als die Positionen im Staatsapparat“ nicht denkbar gewesen seien (vgl. S. 131).

Im Sinne von authentischen Familiengeschichten ist das Buch durchaus lesenswert, im Sinne eines Vergleiches zwischen ost- und westdeutschen generationsübergreifenden Debatten hat es leider Potential verschenkt.

### **Kurzsichtigkeit der Landesregierung verschärft soziale Ungleichheiten**

Zu den Haushaltsverhandlungen für 2022 im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung betont Nicole Anger, kinder- und jugend- sowie gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

„Auch der Haushalt für 2022 ist in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit sowie Gesundheitsfürsorge unterfinanziert. Bereits 2013 wurde die Finanzierung in der Jugendarbeit radikal gekürzt. Die von uns geforderte Erhöhung zur Stärkung der Landkreise wurde abgelehnt. Dadurch werden pädagogische Fachkräfte, Träger\*innen und nicht zuletzt unsere Jüngsten weiterhin vernachlässigt!

Im Gesundheitsbereich wurden unsere Investitionsforderungen für den Ausbau von Long- und Post-Covid-Angeboten in Form von Reha- und Kurmaßnahmen vom Tisch gewischt. Diese Landesregierung zeigt einmal mehr, dass sie irrlichternd durch die Pandemie wankt! Selbst eine Aufwertung von niedrigschwelligen Beratungsangeboten wie Eltern-, Kinder- und Jugendtelefone erachtete man als nicht erforderlich.

Dieser Haushalt trägt in keinster Weise eine soziale Handschrift. Warme Worte und viel Applaus der Landesregierung in der Pandemie tragen nicht dazu bei, dass endlich auch die sozialen Angebote ausfinanziert sind. Jugendarbeit und Gesundheitsfürsorge sind kein Luxus einer Gesellschaft, sondern schlichtweg notwendig!“

## Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht zu Verlierern der Krise werden

Pressemitteilung von Matthias W. Birkwald, 13. April 2022

„Angesichts der Energiepreisexpllosion und einer Inflationsrate von über sieben Prozent droht die auf den ersten Blick sehr erfreuliche Rentenerhöhung von 5,35 Prozent im Westen und 6,12 Prozent im Osten komplett zu verpuffen. Die Bundesregierung ignoriert, dass die Renten schon im vergangenen Jahr nicht erhöht wurden, obwohl die Preise um 3,1 Prozent stiegen. Die IMK-Studie vom vergangenen Montag bestätigt, dass einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner durch die Maßnahmen der Ampel in diesem Jahr nur um 46 Euro durchschnittlich entlastet werden würden. Darum fordert DIE LINKE erstens sofortige monatliche Ausgleichszahlungen in Höhe von 50 Euro für alle Rentnerinnen und Rentner bis zum Ende der Energiepreiskrise, zweitens den Verzicht auf alle Kürzungen (Nachholfaktor, Bundeszuschüsse) und drittens eine Verdopplung des geplanten Zuschlags für erwerbsgeminderte kranke Rentnerinnen und Rentner. Gemeinsam mit den Sozialverbänden und den Gewerkschaften werden wir in den kommenden Wochen für deutliche Verbesserungen des Entlastungspaketes für Rentnerinnen und Rentner kämpfen, denn: Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht zu den Verlierern der Krise werden“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Birkwald weiter:

„Krankheit darf nicht mehr direkt in die Armut führen! Deshalb begrüße ich es grundsätzlich, dass die zwischen 2001 und 2018 neu in eine Erwerbsminderungsrente gegangenen kranken Menschen endlich von den Verbesserungen profitieren sollen, die den heutigen Rentnerinnen und Rentnern zugestanden wurden. Aber es ist ein Skandal, dass die von der Bundesregierung vorgesehenen Zuschläge in Höhe von 7,5 und 4,5 Prozent weit hinter den ungerechten Abschlägen von meist 10,8 Prozent zurückbleiben sollen. Ich fordere die Bundesregierung darum auf, für die Zuschläge sehr bald eine Vergleichsberechnung mit den aktuellen Jahrgängen vorzulegen. Statt alle Erwerbsminderungsrentnerinnen und Erwerbsminderungsrentner gleich zu behandeln, begrenzt die Ampel die jährlichen Ausgaben für die Zuschläge willkürlich und ohne jeden

nachvollziehbaren Grund auf 2,6 Milliarden Euro. Die Sozialverbände haben bereits errechnet, dass die Zuschläge doppelt so hoch sein müssten. Das sieht auch DIE LINKE so! Auch dürfen die Verbesserungen nicht erst ab Juli 2024 berechnet werden, sondern schon im kommenden Jahr.

Noch verheerender sind die Folgen des Mischmaschgesetzes für die Rentenerhöhungen der kommenden Jahre. Bis 2026 würden die Renten nach dem vorliegenden Referentenentwurf nicht um 15,6 Prozent, sondern nur um 13,8 Prozent erhöht werden. Eine Rentnerin mit einer Bruttorente von 1.000 Euro würde im Jahr 2026 rund 220 Euro weniger Rente brutto im Jahr erhalten. Die Rentenanpassung 2023 würde in der heißen Inflationsphase von ursprünglich 5,4 auf 2,9 Prozent gekürzt werden und damit die Kaufkraft der Renten inmitten einer Energiepreiskrise auch im kommenden Jahr entwerten. Die drohende Nullrunde 2024 würde zwar verhindert, aber bis 2026 stürzte das Rentenniveau immer weiter ab und die Rentenausgaben würden um 18 Milliarden Euro zurückgefahren. Zudem beabsichtigen SPD, Grüne und FDP, die Bundeszuschüsse um 6,2 Milliarden Euro zu kürzen. Dazu darf es nicht kommen!

Ich fordere die Bundesregierung deshalb auf, alle versteckten Kürzungen bei der Rente rückgängig zu machen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil muss sofort ein Konzept für langfristig sichere Rentenfinanzen und für ein Rentenniveau von 53 Prozent vorlegen. Nur so lässt sich der Lebensstandard im Alter wieder sichern, für die heutigen Rentnerinnen und Rentner, für die von morgen und für die von übermorgen.“



## Feilschen um Schulsozialarbeit geht weiter – Hängepartie ist unerträglich

In der gestrigen Beratung des Bildungsausschusses zum Landeshaushalt 2022 wurden die Anträge der Fraktion DIE LINKE zur künftigen Finanzierung der Schulsozialarbeit von der Koalition abgelehnt. Beantwortet wurde darin die komplette Übernahme der Kofinanzierung für das neue ESF-Programm durch das Land und die Auflage eines eigenen Landesprogramms für Schulsozialarbeit im Umfang von 300 Stellen ab dem Schuljahr 2023/24. Durch Beschluss der Koalition wurde lediglich der Finanzausschuss gebeten, in den weiteren Haushaltsberatungen zusätzliches Geld für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Wie viel und für wie lange blieb dabei offen. Dazu erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher, Thomas Lippmann:

„Auch nach der Beratung im Bildungsausschuss des Landtages bleibt offen, wie es mit der Finanzierung der Schulsozialarbeit weitergeht. Der Streit um die Beteiligung der klammen Kommunen mit 20 Prozent an der Finanzierung der Schulsozialarbeit ist noch längst nicht beigelegt. Durch die Verschiebung der Entscheidung auf Anfang Mai in die Abschlussberatungen des Finanzausschusses zum Haushalt wurde die Hängepartie für Kommunen und Träger\*innen, vor allem aber für die Beschäftigten und ihre Schüler\*innen unzumutbar verlängert!

Die Aussicht, für den Einstieg in das neue ESF-Programm die Kommunen zwar für 2022 mit einer vollen Übernahme der Kofinanzierung durch das Land zu locken, aber für die Zeit danach weiterhin auf einer Mitfinanzierung durch die Kommunen zu bestehen, zeugt davon, dass relevante Teile der Koalition die Bedeutung der Schulsozialarbeit für die Schüler\*innen und die Arbeit in den Schulen ebenso wenig einschätzen können, wie die reale Finanzsituation in vielen Kommunen. Die Fraktion DIE LINKE fordert entschieden ein Ende dieses Tanzes um die Finanzierung der Schulsozialarbeit. In den Schulen fehlt an allen Ecken und Ende pädagogisches Personal – Lehrkräfte ebenso wie pädagogische Mitarbeiter\*innen, Sprachlehrkräfte und Schulpsychologen und eben auch Schulsozialarbeiter\*innen. Der Bedarf ist unbestritten und fehlendes Geld kann bei diesem Haushaltsvolumen und einer Kürzung der Personalkosten

für die Lehrkräfte um mindestens 120 Mio. Euro auch nicht ins Feld geführt werden. Der Streit in der Koalition ist für die Schulen und ihre akuten Personalprobleme unerträglich. Der Ausschuss für Bildung bittet den Ausschuss für Finanzen, bei den Beratungen zum Haushaltsplan 2022 zusätzliche Mittel für Schulsozialarbeit im Land Sachsen-Anhalt bereitzustellen und eine Verpflichtungsermächtigung bis 2024 einzustellen. Es ist zu prüfen, inwiefern eine prozentuale Staffelung umgesetzt werden kann, um den örtlich zuständigen öffentlichen Träger\*innen der Jugendhilfe eine Weiterfinanzierung der bisher eigenfinanzierten Schularbeit zu ermöglichen.“

### Land kommt Pflicht bei Schwerbehinderten-Quote nicht nach - Ausgleichsabgaben seit 2019 verdreifacht!

Auf Nachfragen der Abgeordneten Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, resultierte eine Erhöhung der Ausgleichsabgaben seit 2019 um ein Dreifaches auf nunmehr 556.027,36 Euro. Dazu betont Nicole Anger:

„Die Integration von Menschen mit Schwerbehinderungen sind verpflichtende Maßgabe im Sozialgesetzbuch. Dass dies in den Ministerien des Landes nicht eingehalten wird, lässt Inklusion scheitern! Die Folge ist eine Verdreifachung der Ausgleichsabgaben seit 2019. So wie sich das Land bei der Anerkennung von Behinderungsgraden quer stellt, ist das Resultat nicht verwunderlich. Gerade einmal 4 von 9 Ministerien können eine Quote von über 5% der Beschäftigten mit Schwerbehinderung aufweisen. Zukünftig müssen mehr Bemühungen in die Integration von Menschen mit Schwerbehinderung investiert werden. Dazu gehört auch die Absenkung der enormen Hürden bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung! Dazu fordern wir das Ausloten neuer Wege. Menschen müssen direkt angesprochen werden. Ihnen muss gezeigt werden, wie wertvoll die eigene Arbeit sein kann. Flexible Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen müssen zur Selbstverständlichkeit werden!“